

## Schweiz: Generalvikar Martin Grichting tritt zurück

**Der wegen seiner erzkonservativer Ansichten umstrittene Generalvikar des Bistums Chur, Martin Grichting, hat seine Demission erklärt. Er ist von allen diözesanen und überdiözesanen Ämtern und Funktionen zurückgetreten.**



Seine Demission hat Grichting bereits vor der Weihe und der Amtseinsetzung des neuen Diözesanbischofs Joseph Bonnemain erklärt, wie das Bistum Chur am Dienstag mitteilte. Die Weihe fand letzten Freitag statt.

Der bis zur Amtseinsetzung von Bonnemain für das Bistum zuständige Apostolische Administrator Peter Bürcher hat Grichtings Demission angenommen. Der «Chefstrategie» von alt Bischof Vitus Huonder behält einzig sein Amt als Domkapitular.

Ob Bischof Joseph Bonnemain einen neuen Generalvikar ernennen wird, ist allem Anschein nach offen. Bonnemain werde «in der nächsten Zeit und nach geeigneten Beratungen» darüber entscheiden, schrieb das Bistum.

Bonnemain erklärte erst kürzlich, «fähige Frauen» fördern zu wollen. Für das Amt des Generalvikars sei zwar ein Priester vorgesehen, hatte Bonnemain nach seiner Weihe in einem Interview in der Sonntagzeitung erklärt. «Aber Frauen könnten, einfach mit einem anderen Titel, eine ähnliche Aufgabe übernehmen.»

### **Synode hatte Grichting nach Bischofs-Nichtwahl zum Rücktritt aufgefordert**

Der Präsident der katholischen Synode des Kantons Zürich, Felix Caduff, hatte in einem offenen Brief im November 2020 geschrieben, er fordere Grichting auf, «im Interesse des religiösen Friedens im Bistum Chur zurückzutreten». Laut Medienberichten war es der 53-jährige Generalvikar, der am Montag in der Versammlung der 22 Domherren in Chur darauf gedrängt hatte, die drei Wahlvorschläge des Papstes für einen neuen Churer Bischof nach Rom zurückzuweisen.

Grichting habe mit seinem Vorschlag der Nichtwahl und der Rückweisung an den Papst der ganzen katholischen Kirche in der Schweiz einen Bärendienst erwiesen. Es könne nicht sein, dass das verbrieft Privileg der Bischofswahl durch das Domkapitel ausser Kraft gesetzt werde. Das sei für alle demokratisch denkenden Mitglieder «unserer Kirche ein inakzeptabler Affront», schreibt Caduff.